

DETLEF MÜLLER-BÖLING

*Hochschulbildung und Wertevermittlung*

*Wertedimensionen in der Hochschulreform*

Der Rahmen eines Aufsatzes über Bildung und Wertevermittlung ist weit gesteckt. Außer in der Familie, so sollte man denken, werden Werte in ganz besonderem Maße dort vermittelt, wo es um Bildung geht. Die Hochschulen nehmen dabei neben den allgemeinbildenden Schulen eine zentrale Rolle ein. Allerdings lässt sich ein so umfassendes Thema wie das der Wertevermittlung durch die Hochschulen sicherlich nicht erschöpfend im Rahmen eines einzelnen, sehr begrenzten Beitrags hinreichend abhandeln. Ziel dieser Abhandlung kann daher nur sein, eine Reihe von Einzelaspekten zu beleuchten, bei denen sich Wertevermittlung im Hochschulkontext gut erkennen lässt. Dabei wird insbesondere der Bezug zu momentanen Entwicklungen in der Hochschulreform hergestellt. Es soll aufgezeigt werden, wie sich in drei wesentlichen Reformfeldern der Internationalisierung des Hochschulsystems, der Reform der Studienstruktur und der Steigerung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit wichtige Wertsetzungen spiegeln.

Ausgangspunkt soll dabei mit dem Bologna-Prozess ein Gesamtzusammenhang von Reformprozessen sein, der die Hochschulen nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Euro-

pa in sehr umfassender Weise verändert. Die 1999 vereinbarte Bologna-Deklaration sieht vor, dass bis 2010 ein Europäischer Hochschulraum Realität werden soll. Von mittlerweile 45 Staaten wurden im Zuge dieser Übereinkunft zunächst sechs Maßnahmen vereinbart:

1. Die »Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse, auch durch die Einführung des Diplomzusatzes (Diploma Supplement) mit dem Ziel, die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der europäischen Bürger ebenso wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems zu fördern.«

2. Die »Einführung eines Systems, das sich im Wesentlichen auf zwei Hauptzyklen stützt: einen Zyklus bis zum ersten Abschluss (undergraduate) und einen Zyklus nach dem ersten Abschluss (graduate). Regelvoraussetzung für die Zulassung zum zweiten Zyklus ist der erfolgreiche Abschluss des ersten Studienzyklus, der mindestens drei Jahre dauert. Der nach dem ersten Zyklus erworbene Abschluss attestiert eine für den europäischen Arbeitsmarkt relevante Qualifikationsebene. Der zweite Zyklus sollte, wie in vielen europäischen Ländern, mit dem Master und/oder der Promotion abschließen.«

3. Die »Einführung eines Leistungspunktesystems – ähnlich dem ECTS – als geeignetes Mittel der Förderung größtmöglicher Mobilität der Studierenden. Punkte sollten auch außerhalb der Hochschulen, beispielsweise durch lebenslanges Lernen, erworben werden können, vorausgesetzt, sie werden durch die jeweiligen aufnehmenden Hochschulen anerkannt.«

4. Die »Förderung der Mobilität durch Überwindung der Hindernisse, die der Freizügigkeit in der Praxis im Wege stehen«, insbesondere für Studierende und Lehrende.

5. Die »Förderung der europäischen Zusammenarbeit bei der Qualitätssicherung im Hinblick auf die Erarbeitung vergleichbarer Kriterien und Methoden.«

6. Die »Förderung der erforderlichen europäischen Dimensionen im Hochschulbereich, insbesondere in Bezug auf Curriculum-Entwicklung, Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Mobilitätsprojekte und integrierte Studien-, Ausbildungs- und Forschungsprogramme.«<sup>1</sup>

Ergänzt wurden diese Maßnahmen dann auf Nachfolgekonzferenzen in Prag, Berlin und Bergen noch einmal um die nachfolgenden Aspekte: die Förderung des lebenslangen Lernens, die Förderung der Beteiligung der Studierenden an der Gestaltung des europäischen Hochschulraums, die Förderung der Attraktivität des europäischen Hochschulraums und die Einbeziehung der Doktorandenausbildung in den Bologna-Prozess.

Ausgangspunkt dieses Beitrags ist somit ein Prozess, der für die Hochschulentwicklung insgesamt von sehr großer Bedeutung ist. Die drei genannten Aspekte Internationalität, Studienstruktur und Wissenschaftlichkeit sind – dies wird vor dem Hintergrund der benannten Maßnahmen deutlich – insofern keineswegs beliebig, sondern es geht hier um Themen, die im Bologna-Prozess einen besonderen Niederschlag finden:

- Internationalität ist ein zentrales Thema, denn zahlreiche der Maßnahmen im Zuge des Bologna-Prozesses zielen auf eine Erhöhung der Mobilität innerhalb Europas und darüber hinaus.
- Die Umstellung auf ein System gestufter Abschlüsse zielt auf die Schaffung einer Studienstruktur, die ein Studium besser und zielgerichteter mit unterschiedlichen Bildungsbiogra-

phien verknüpfen soll und die ernst macht mit der Vorstellung vom lebenslangen Lernen.

- Auch die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Hochschulen ist mit den Reformen insofern eng verknüpft, als ein zunehmend engerer Zusammenhang zwischen der Herstellung des Europäischen Hochschulraums im Zuge des Bologna-Prozesses und der Lissabon-Strategie zur Etablierung Europas als einer besonders leistungsfähigen Weltregion gesehen wird. Niederschlag findet dies im Ziel eines Europäischen Forschungsraumes. Deshalb ist der Aspekt der Wissenschaftlichkeit der dritte, um den es in diesem Beitrag schwerpunktmäßig geht.

#### *Internationalität*

Eines der zentralen Ziele im Bereich der Entwicklung des Europäischen Hochschulraumes wie auch des Europäischen Forschungsraumes ist die Erhöhung der internationalen Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlern, aber auch von Absolventen. Im Zuge des Bologna-Prozesses spielt dieses Ziel eine zentrale Rolle, und zwar etwa dort, wo es um die Einführung vergleichbarer Abschlüsse geht oder um die Beseitigung von Mobilitätshemmnissen. Aber auch die Vorstellung von einer Profilierung der europäischen Bildungslandschaft gegenüber anderen Hochschulräumen ist eng mit der Überwindung von Mobilitätshemmnissen und auch von nationalen Begrenztheiten und Befangenheiten verknüpft.

Der Europäische Hochschulraum ist – der Ambitioniertheit des Vorhabens zum Trotz – kein Wunschgebilde, sondern er nimmt konkrete Form an. Auch wenn die Bologna-Deklaration kein bindender völkerrechtlicher Vertrag ist, hat sie längst dazu beigetragen, neue und größere Räume zu schaffen und

Phänomene der Entgrenzung in Bildung und Wissenschaft im Denken der Hochschulen und einer weiten Öffentlichkeit zu verankern. Ein steigender Internationalisierungsgrad bei den Studierenden, gemeinsame Standards und eine wachsende Zahl multinationaler Studiengänge sowie grenzenüberspannender Kooperationen und Netzwerke in Forschung und Lehre sind wichtige Beispiele praktizierter Internationalität.

Die Bedeutung von Internationalität als Prozess mit hohem Wertebezug ist vor dem Hintergrund der globalen Entwicklungen in den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik leicht erkennbar. Internationalisierung ist insofern keineswegs alleine eine Frage der Herstellung neuer größerer Räume für eine globale Gesellschaft, sondern impliziert auch Entwicklungen hin zu einer Stärkung der Völkerverständigung und der Überwindung geistiger Begrenztheiten. Die Steigerung der Mobilität führt zu einer Weitung der Horizonte der Beteiligten und stärkt ihre Kompetenzen im internationalen und interkulturellen Umgang miteinander.

Kulturell resultiert hieraus ein neues Denken, das der Soziologe Richard Münch sehr treffend beschrieben hat, als er davon sprach, dass die Unterscheidung von Innen und Außen an Bedeutung einbüßt und dass sich hieraus eine Homogenisierung von Binnenmoral und Außenmoral als »Motor transnationaler Vergesellschaftung« ergibt.<sup>2</sup> Der Wandel, der hieraus resultiert, ist vielfältig und durchgreifend. Münch hat dann auch angesichts der Herausbildung der europäischen Marktdimension eine Reihe von sehr weit reichenden Schlüssen für die Entwicklung nicht nur von gesellschaftlichen Teilsystemen wie Wirtschaft oder Recht gezogen, sondern er hat insbesondere auch eine Entmaterialisierung bestimmter Steuerungsideale und Steuerungsebenen ausgemacht.

Europa, so führt Münch aus, wird »nicht die Gestalt einer Nation annehmen und sich auch immer weniger aus Nationen zusammensetzen«. Es werde »ein wesentlich vielschichtigeres Gebilde aus lokalen Gemeinden, mehr oder weniger starken Regionen, immer mehr verblassenden Resten von Nationen und einer Vielzahl horizontal angeordneter Interessengruppierungen, vor allem aber selbstverantwortlich handelnder Individuen sein.«<sup>3</sup> Von der Institutionenordnung wird dieser Wandel dann auch durchaus schon vollzogen. Auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts etwa vollzieht sich der Wandel hin zur »Gewährleistung eines freien Wettbewerbs, [zur] Chancengleichheit und [zu] faire[m] Wettbewerb.« Im politischen Bereich sieht er einen »Paradigmenwechsel vom materiellen zum prozeduralen Grundrechtsschutz« wirksam werden. Für eine Entwicklung zur Steigerung von Eigenverantwortlichkeit und Emanzipation ist dieser Trend durchaus bedeutsam. Werte des unternehmerischen Menschen und einer pluralistischen Gesellschaft werden auf diese Weise stärker verankert als von der sozialen, rechtlichen, politischen oder ökonomischen Ordnung. Das vorherrschende Prinzip ist unter diesen Bedingungen nicht das der Resultatgleichheit und des sozialen Ausgleichs, sondern das der Fairness, die als Chancengleichheit und Wirksamkeit des Leistungsprinzips ausgeprägt ist.<sup>4</sup>

Viele Lebensbereiche, auch manche sehr konkreten, sind hiervon betroffen. Wie Münch formuliert, wird etwa der Verbraucher »nicht materiell geschützt, sondern in die Lage versetzt, souverän zu entscheiden.«<sup>5</sup> Es liegt auf der Hand, dass diese Prozesse von einer entsprechenden Ausprägung der Hochschul- und Wissenschaftslandschaft unterstützt und befördert werden. Auch mit Blick auf den Arbeitsmarkt ist die Entwicklung der Entmaterialisierung von hoher Bedeutung.

Das Ziel eines hohen Beschäftigungsniveaus, so Münch, verfolge die Gemeinschaft durch die »Förderung der Beschäftigbarkeit der Arbeitnehmer, [...] eine Kategorie, die nicht vor den Marktkräften schützt, sondern Marktfähigkeit vermitteln will.« Dementsprechend wirken ähnliche Trends der Entmaterialisierung und Individualisierung auch auf dem Gebiet der Inhalte hochschulischer Bildung.<sup>6</sup>

#### *Studienstruktur*

Der Bologna-Prozess ist nicht nur ein Kristallisationspunkt von Bemühungen um Internationalität, sondern er verweist zugleich auf weit reichende Veränderungen der Strukturen und Ziele des Studiums insgesamt. In der aktuellen Diskussion wird dann auch insbesondere die Umstellung der Studienstruktur auf ein System gestufter Abschlüsse als wesentlicher Bestandteil des Bologna-Prozesses angesehen. Auch wenn dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist, hat er den Hochschulen in Deutschland wie anderswo schon jetzt viel abverlangt. Dabei haben zahlreiche Hochschulen einen hohen Grad an Kreativität und Engagement bewiesen, um diese Veränderungen so vorzunehmen, dass sie im Sinne der benannten Ziele ablaufen.

Gemeint ist damit neben einer konsequenten Orientierung auf internationale Vergleichbarkeit und geographische wie disziplinäre Mobilitätsschnittstellen auch die Orientierung auf die Bedürfnisse eines zunehmend komplexeren Arbeitsmarktes und damit auch auf eine ökonomische Verwertbarkeit des Studiums für den einzelnen Absolventen wie auch für die Gesellschaft. Unter Maßgabe der Orientierung auf den Arbeitsmarkt sind allerdings keineswegs nur kurzfristige Bedarfslagen von Unternehmen zu befriedigen. Vielmehr geht es um

die grundlegenden Fähigkeiten, Beiträge auf einem dynamischen Arbeitsmarkt innerhalb der nächsten 60 Jahre leisten zu können. Damit, dass sie diese Frage sehr viel ernster nehmen als bislang, werden die Hochschulen nicht nur einer wichtigen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und den Studierenden gerecht, sondern sie haben vor dem Hintergrund einer rasanten Wissensproduktion und einer fast ebenso rasanten Veraltung von Wissen auch eine schwierige Aufgabe übernommen.

Neu ist ein stärkerer Bezug auf die berufliche Praxis in vielen Fächern aber allemal. Zuweilen wird der derzeitigen Hochschulreform dann auch zum Vorwurf gemacht, sie wende sich gegen das Ideal einer zweckfreien und emanzipatorischen Bildung und suche die Hochschulen sehr viel stärker auf Aspekte der Ausbildung von Spezialisten und damit auf die Vermittlung von schlichtem praktischem Funktionswissen zu beschränken. Auch wenn in der Tat die Frage, welcher praktische Nutzen aus dem hochschulischen Lernen resultiert, an Bedeutung gewonnen hat, ist dieser Vorwurf insgesamt unzutreffend. Eher ist das Gegenteil der Fall, denn es ist keineswegs das Wissen ganz bestimmter, eng an Praxisfeldern orientierter Dinge, das von einer zeitgemäßen Hochschulausbildung vermittelt werden soll.

Worum es schon alleine aufgrund der heutigen ökonomischen Entwicklung gehen muss, ist die Fähigkeit zu umfassenderem und eigenverantwortlichem Lernen. Irene Lischka hat dementsprechend formuliert, dass gerade qualifizierte Tätigkeiten sich zunehmend dadurch auszeichnen, dass zu ihrer Erfüllung »nicht vorrangig spezifisches berufliches Wissen erforderlich [sei], sondern vielmehr die Kompetenz zur eigenständigen Aneignung dieses spezifischen Wissens.«<sup>7</sup> Hierin



liegt keineswegs eine Abkehr von alten Bildungstraditionen. Es ist mehr als eine oberflächliche Bezugnahme, wenn man sich hierdurch an Wilhelm von Humboldts Abneigung gegen eine eng auf die Erfordernisse der Arbeitswelt bezogene Ausbildung an der Hochschule erinnert fühlt und an seine Vorstellung von einem grenzenlosen Fortschreiten wissenschaftlicher Erkenntnis. Wissenschaft ist mit Humboldts Worten als »etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes zu betrachten, und unablässig als solche sie zu suchen«<sup>8</sup>.

Das gilt in der heutigen Zeit in gleicher Weise. So wie Humboldt vor allem die geistige Flexibilität eines kritischen Geistes erhalten wollte, erfordert auch die heutige Wissensgesellschaft einen hohen Grad an Selbstständigkeit und an Bereitschaft, an die Grenzen des eigenen Wissens und darüber hinaus zu gehen. Dies gilt nicht nur im Bereich der Spitzenforschung, sondern auch dort, wo es primär das Alltagswissen ist, das sich ebenfalls mit beträchtlicher Geschwindigkeit fortentwickelt. Es ist gerade ein Charakteristikum der Wissensgesellschaft, dass es eben praktisch alle Lebensbereiche sind, die vom rasanten Erkenntnisfortschritt und der raschen Taktung der Innovationszyklen betroffen sind.<sup>9</sup> Auch deshalb ist es wichtig, dass die Studienstrukturreform neben der Reform von Inhalten und Methoden auch mehr Offenheit für lebenslanges Lernen schafft und größere Teile des gesellschaftlichen Potenzials an hochschulische Bildung heranführt.

Die Humboldtsche Tradition der Wertevermittlung und Erziehung durch Wissenschaft, nicht durch eine im engeren Sinne materiell aufgeladene erzieherische Anstrengung, führt auch dazu, dass heutige Studienprogramme nicht zuletzt darauf abzielen, weit mehr als die engen Bezüge fachlicher Disziplinen zu vermitteln. Die Fähigkeit zu eigenverantwortlichem

und problemlösendem Handeln und die Orientierung nicht nur in einem Fach, sondern in interdisziplinär begriffenen Wissensfeldern gehört ebenso in diesen Zusammenhang wie die Bemühung, auch in technischen oder naturwissenschaftlichen Fächern umfassendere kulturelle und ethische Themen zu berücksichtigen. Das findet etwa dort Niederschlag, wo entsprechende interdisziplinäre Studienangebote entstehen oder wo das fachwissenschaftliche Studium durch allgemein bildende Bestandteile im Sinne eines Studiums fundamentale ergänzt wird. Zur fachwissenschaftlichen Ausbildung ist dies eine wichtige Ergänzung.

#### *Wissenschaftlichkeit*

Insoweit, als problemlösendes und eigenständiges Denken und Arbeiten als Ziel des Hochschulstudiums zu erkennen ist, geht es immer auch um das Erlernen der Grundfertigkeiten wissenschaftlichen Arbeitens. Der Bologna-Prozess zielt in Verbindung mit der Herstellung eines Europäischen Forschungsraumes einerseits auf die Steigerung der entsprechenden Leistungsfähigkeit Europas. Andererseits geht es aber auch darum, die entsprechenden Prinzipien sehr viel weiter in die Gesellschaft hineinzutragen, als es für die Wissenschaft im engeren Sinne erforderlich sein würde. Ein enger Bezug zur Vermittlung von Werten ist hier sehr deutlich erkennbar, und es ist besonders bemerkenswert – und passt wiederum zum Motiv der Internationalisierung –, dass im Bereich der Wissenschaft Werte und Normen universell gültig sind. So hat der damalige Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Germanist Wolfgang Frühwald, 1998 formuliert, wissenschaftliche Arbeit beruhe auf Grundprinzipien, die »in allen Ländern und in allen wissenschaftlichen Disziplinen gleich sind«.<sup>10</sup>

Trotz aller Effekte der Globalisierung wird man dies nicht über viele Teilsysteme sehr unterschiedlicher Gesellschaften sagen können. Aber in der Tat lebt durchgängig ein wissenschaftliches Ethos, das in der Regel auch allenfalls kurzzeitig von Profitinteressen oder nationalem Dünkel zurückgedrängt werden kann. Das Wissenschaftssystem reagiert dementsprechend scharf auf Verstöße gegen die entsprechenden Regeln, und zwar weltweit. Ein spektakulärer Fall wie der des deutschen Physikers Jan-Hendrik Schön, der 2002 in einem privatwirtschaftlichen Forschungslabor in den Vereinigten Staaten des Betrugs überführt wurde<sup>11</sup>, zeigt dies ebenso, wie der Fall des jüngst von seiner Seouler Hochschule suspendierten südkoreanischen Klonforschers Hwang Woo Suk.<sup>12</sup> Deutlich wird daraus, dass eine funktionierende wissenschaftliche Selbstkontrolle existiert.

Im Wahrheitsstreben der Wissenschaft spiegeln sich verschiedene andere Werte, die für alle Gesellschaften von hoher Bedeutung sind. Als oberstes Prinzip hat Wolfgang Frühwald dementsprechend das der »Ehrlichkeit gegenüber sich selbst und anderen« identifiziert. In der Tat können viele andere wesentliche Merkmale »guter wissenschaftlicher Praxis« ausgehend vom Prinzip der Ehrlichkeit begründet werden. Zu nennen sind hier beispielsweise die auch von der Deutschen Forschungsgemeinschaft in einem entsprechenden Kodex zusammengefassten Anforderungen, »lege artis zu arbeiten, Resultate zu dokumentieren, alle Ergebnisse konsequent selbst anzuzweifeln, strikte Ehrlichkeit im Hinblick auf die Beiträge von Partnern, Konkurrenten und Vorgängern zu wahren«.<sup>13</sup>

Andere Prinzipien lassen sich aus dem Funktionsprinzip der Wissenschaft ebenfalls ableiten, wie etwa das der freien Meinungsäußerung oder das der Herrschaftsfreiheit des wissen-

schafflichen Diskurses. Für die Richtigkeit und den Nutzen wissenschaftlicher Erkenntnis kann nicht entscheidend sein, von wem sie stammt oder wer sie zu bewerten hat. Herrschaftssysteme oder Gesellschaften, in denen diese Grundsätze nicht gelten, schaden sich selbst und desavouieren ihre eigenen Maßstäbe, wie es etwa das nationalsozialistische Regime getan hat, als es Wissenschaft durch rassistische und politische Maßstäbe zu messen versucht hat.

Der Grad der Geltung der Prinzipien guter wissenschaftlicher Praxis ist hoch. Zahlreiche Hochschulen haben entsprechende Regelwerke geschaffen, die als Leitlinie des eigenen wissenschaftlichen Verhaltens maßgeblich sind. Auch hier sind es intersubjektive Prinzipien der Wissenschaftlichkeit, insbesondere das der Redlichkeit, die gewissermaßen als Grundnorm fungieren. Es geht dabei aber nicht nur um die Wahrung der Validität wissenschaftlicher Erkenntnis, sondern aus den Regeln guter wissenschaftlicher Praxis resultieren auch solche Leitsätze, die sich auf Prinzipien der Kooperation, der Fairness und insoweit also auch auf den Umgang mit anderen richten. So hat die Max-Planck-Gesellschaft in ihren »Rules of Good Scientific Practice« formuliert, dass die Behinderung der wissenschaftlichen Arbeit von Mitbewerbern (»Competitors«) als unstatthaft anzusehen ist und dass es wichtig sei, Kollegen und deren Arbeit sorgfältig und unvoreingenommen zu bewerten.<sup>14</sup> Insofern spiegelt das System der Ethik wissenschaftlicher Arbeit Grundprinzipien wider, die auch weit über den wissenschaftlichen Kontext hinaus von entscheidender Bedeutung sind oder sein sollten.

Das Training in wissenschaftlicher Arbeit, die Internationalisierung der Hochschulen und die Veränderung der Struktur des Hochschulstudiums leisten insofern auch für die Werte-

vermittlung sehr viel mehr, als man auf den ersten Blick vermuten würde. Auch ein oftmals durchaus kritisch wahrgenommener Reformprozess wie der so genannte Bologna-Prozess hat seine engen Bezüge zu zentralen Werten und Normen, die die Grundlage einer zukunftsfähigen Gesellschaft bilden. Es ist wichtig, auch diese Ebenen gegenwärtiger Reformen im Bildungsbereich zu sehen. Über bloßen Funktionalismus und die pragmatische Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen weisen sie hinaus. – Und sie hängen eng zusammen mit den Werten, für die der mit diesem Buch Geehrte in besonderer Weise steht.